Wir in Stellingen – Gut für Hamburg

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach einem langem und hartem Kampf ist das KUZ Stellingen gegen den Widerstand der SPD Stellingen geschlossen worden. Das ist nach der gescheiterten Erweiterung des Eidelstedt Centers eine bittere Pille die Einwohner im Regionalbereich Eidelstedt/Stellingen. Senat und Kommunalpolitik werden künftig darauf achten müssen, wie unser Regionalbereich aufgewertet werden kann. Mit unserer Veranstaltung „Zukunft in Stellingen“ haben wir den ersten Schritt gemacht. Als Distrikt werden wir uns primär dafür einsetzen, dass die Kommunikation zwischen Verwaltung und den Bürgern vor Ort funktioniert. Das bedeutet nicht nur, dass die Verwaltung auf großen Anhörungen ihre Pläne vorstellt, sondern auch dass die Kritik und Vorschläge der Bürger wahrgenommen und bearbeitet werden. Konkret: wir werden uns dafür einsetzen, dass im Zuge der Planungen in Stellingen jede Ablehnung von Kritik und Vorschlägen von der Verwaltung schriftlich sachgerecht begründet wird. Man muss nicht immer alle Vorschläge gut finden. Aber jeder Vorschlag verdient eine saubere argumentative Auseinandersetzung. Das wird für Behörden und Ämter einerseits und für die Politik andererseits sehr viel Arbeitsaufwand bedeuten. Ich bin aber überzeugt, dass so lähmende Plebiszite, die ein Symptom von falscher (kommunizierte) Politik sind, verhindert werden können.
Die schwarz-gelbe Bundesregierung gibt ein nach wie vor desaströses Bild ab. Das Thema Betreuungsgeld ist nur ein Beispiel, wie unseriös und verantwortungslos Merkel & Co. mit Steuergeldern umgehen. Dieses Geld für bspw. Strukturreformen in Griechenland auszugeben, wäre eine lohnenswertere Investition.
Die Bundespolitik im Allgemeinen und die Neuwahl des Bundestages im Besonderen wird uns nach der Sommerpause beschäftigen. Die Aufstellung eines Wahlkreiskandidaten darf nicht wieder zu einem Fiasko werden. Dafür wird sich die SPD Stellingen einsetzen. Die Auswahl wird sich nicht nur anhand von bundespolitischen Themen entscheiden. Da sind die Überschneidungen zu groß. Aus meiner Sicht ist es entscheidend, wie die Wahlkreisarbeit vor Ort gestaltet werden wird. Dazu gehört auch, die unterschiedlichen Strömungen in der SPD konstruktiv einzubinden. In den letzten Jahren sind hier viele Gelegenheiten verpasst und nicht wahrgenommen worden. Diese Rückständigkeit muss nun überwunden werden. Der/die neue Kandidat/in sollte dieses zu einem Schwerpunkt seiner/ihrer Arbeit machen. So können wir die SPD stärken und an die Bundesregierung führen.

Natürlich stehe ich Euch für Anregungen, Kritik und Vorschläge immer gern zur Verfügung und wünsche Euch nun eine interessante Lektüre.

E-Mail: khalilb@web.de
Telefon: 0176 / 23 55 36 40

Eine erholsame Sommerpause wünsche ich Euch im Namen des ganzen Vorstandes.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Khalil Bawar

Vorsitzender der SPD-Stellingen

Bürgerentscheid Eidelstedt und was wir daraus lernen können …

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Ergebnis zum Bürgerentscheid „Grünes Zentrum Eidelstedt“ war wie ein Paukenschlag und mehr als eindeutig: 68,19 % der Eimsbüttlerinnen und Eimsbüttler haben sich gegen die Erweiterung des Eidelstedt-Centers ausgesprochen. Von insgesamt 195.815 Abstimmungsberechtigten in Eimsbüttel hatten sich 54.149 Menschen an der Abstimmung beteiligt, das entspricht einer Beteiligung von 27,65 % im Bezirk.

Und nun? – Stillstand!?

Manch` einer mag sagen: JA – ich sage ganz klar: NEIN!

Im Gegenteil, dieses Ergebnis ist keine Niederlage für die Parteien, die sich für die Erweiterung des Eidelstedt-Centers ausgesprochen haben, sondern es ist ein klarer und deutlicher Auftrag der Bürgerinnen und Bürgern an selbige: der Politikstil „mit dem Kopf durch die Wand“ wurde abgewählt – jetzt muss ein gemeinsamer Dialog über die Zukunft des gesamten Eidelstedter Zentrums stattfinden!

Über 10.000 Eidelstedterinnen und Eidelstedter haben sich an dem Entscheid beteiligt, damit lag die Abstimmungsbeteiligung in Eidelstedt bei 46,49 %. Diese hohe Wahlbeteiligung zeigt, dass im Stadtteil ein hohes Interesse an der Entwicklung des Zentrums vorhanden ist. Die Aufgabe der SPD muss es nun sein, diese Menschen für eine inhaltliche Diskussion zu gewinnen und gleichzeitig Lösungen zu erarbeiten. Aber auch in Stellingen lag die Beteiligung bei 29,72 %. Mich haben viele Briefe und Mails von Bürgerinnen und Bürgern aus Stellingen erreicht, viele haben sich die Situation vor Ort angesehen und haben sich intensiv Gedanken gemacht. Stadtplanung hört eben nicht an der Stadtteilgrenze auf.

Nun mag der eine oder andere Politiker im Bezirk und auf Kreisebene mit dem Ergebnis hadern und die Änderung der Gesetzgebung für Bürgerbegehren und Entscheide fordern. Die wildesten Ideen werden nun vorgetragen: Bürgerentscheide nur in betroffenen Stadtteilen oder über Bebauungspläne darf nicht abgestimmt werden. Aus meiner Sicht sind diese Forderungen absurd. Sie spiegeln nur die Ohnmacht und die Ratlosigkeit wieder! Gesetze können nicht so lange geändert werden bis sie einem in den Kram passen – frei nach dem Motto: der Bürger stört nur!!!

Bis heute wird die sog. formelle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im § 3 des Baugesetzbuches (BauGB) geregelt. Dort ist eine zweistufige Bürgerbeteiligung vorgesehen. Sie wird unterteilt in eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung, bei der häufig öffentliche Veranstaltungen zur Bürgerinformation durchgeführt werden, und eine öffentliche Auslegung, die meist in den Bezirksämtern stattfindet. Durch die Beteiligung der Öffentlichkeit soll jedermann die Möglichkeit

haben, seine Interessen und Rechtspositionen im Bebauungsplanverfahren zu wahren. Im Zuge der öffentlichen Auslegung haben die Betroffenen die Möglichkeit, innerhalb einer gewissen Frist, Stellungnahmen und Einwände einzubringen, über die dann in einem Abwägungsprozess entschieden werden. Aber wie zeitgemäß ist dieses Verfahren noch? Das Baugesetzbuch stammt in seiner ursprünglichen Form aus dem Jahre 1960 – und seitdem hat sich einiges verändert. Die Bürgerinnen und Bürger sind informierter, mobiler und wollen mit entscheiden – nicht nur alle 4 Jahre bei einer Bürgerschafts- oder Bundestagswahl. Diesem Wandel wird das BauGB, das aus dem letzten Jahrhundert stammt, nicht mehr gerecht.

Gleichzeitig gibt es aber auch Einzelinteressen, frei nach dem Motto: wir brauchen dringend neue Wohnungen, aber bitte nicht bei mir vor der Tür. In Hamburg stehen indes nur begrenzte Flächen zur Verfügung. Als einzige Stadt in Deutschland wächst Hamburg stätig und immer mehr Menschen möchten in unserer schönen Stadt leben. Neue Wohnungen, Arbeitsplätze, Freizeitangebote und Einkaufmöglichkeiten sind daher zwingend notwendig.

Unsere Aufgabe ist es nun, sich über neue Wege der Bürgerbeteiligung in der Bauleitplanung Gedanken zu machen. Die SPD in Stellingen hat diese Botschaft bereits verstanden und am 07. Juni 2012 im Bürgerhaus Stellingen den Dialog „Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zur Zukunft in Stellingen“ begonnen. An diesem Abend wurde mit allen Interessierten darüber diskutiert, wie Stellingen zukünftig aussehen soll und wie die Stellingerinnen und Stellinger an der Gestaltung teilhaben können. Leider war die Beteiligung nicht so gut – sehr schade. Denn gerade in Stellingen gibt es eine große Chance eine andere Art von Bürgerbeteiligung ins Leben zu rufen. Seit Jahren wird über die Verlagerung der Sportplätze am Sportplatzring zum Wördemannsweg und die Bebauung der Sportfläche diskutiert. Es soll die neue „Stellinger Mitte“ entstehen. Ein riesiges Bauprojekt, das das Erscheinungsbild von Stellingen erheblich verändern wird.

Trotz der geringen Beteiligung bei der Auftaktveranstaltung wird sich die Stellinger SPD nicht von der Idee der Bürgerbeteiligung abbringen lassen. Dieser Weg ist neu und ich werde ihn mit allen Kräften unterstützen. Zur Zeit wird eine zweite Veranstaltung geplant, die zeitnah stattfinden soll. Nähere Informationen werdet Ihr zeitnah bekommen. Meine Bitte an Euch ist: unterstützt dieses Vorhaben und kommt zahlreich!!!

Besonders spannend wird diese Aufgabe in der Umsetzung: sind Workshops und Diskussionsveranstaltungen noch zeitgemäß oder sollte eine zeitgemäße Teilhabe über das Internet stattfinden? Wie kann in einem solchen Prozess sichergestellt werden, dass sich viele Menschen beteiligen und nicht nur Einzelinteressen Gehör finden?

Viele Fragen, auf die wir eine Antwort finden müssen.

Stillstand!? Nein!

Liebe Grüße,

Martina Koeppen

(Bürgerschaftsabgeordnete für Eidelstedt/Stellingen)

Ein paar Gedanken zum Betreuungsgeld

Vor der Sommerpause wird es nun also nichts mehr mit dem Betreuungsgeld, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung so gerne einführen möchte. Wenn man die Berichterstattung verfolgt, kommt man mitunter zu dem Schluss, dass eigentlich nur die CSU diese, unter Kritikern sogenannte „Herdprämie“, einführen möchte und die CDU und FDP um des lieben Koalitionsfriedens willen mitmachen. Aber was steckt eigentlich hinter dieser neuen Errungenschaft der Unionsfamilienpolitik?

Der Krippen- und KiTa-Ausbau ist in Deutschland bei weitem nicht in dem Maße fortgeschritten, wie er laut Gesetzgeber eigentlich sein müsste. Mit Hilfe des Betreuungsgeldes erhofft man sich nun, dass sich mehr Eltern dafür entscheiden, nicht einen der gesetzlich garantierten Krippen- oder KiTa-Plätze für ihr Kind einzufordern, sondern ihr Kinder in den sogenannten „anderen Betreuungsformen“ unterzubringen. In der Regel bedeutet dies, dass das Kind zuhause bleibt. Und wenn mehr Kinder zuhause bleiben, müssen weniger Plätze geschaffen werden. Und da das Betreuungsgeld weniger kostet als der Krippenausbau, findet die Bundesregierung diese Idee gar nicht so schlecht. Doch ist sie außer für den Bundeshaushalt sinnvoll?

Lohnt es sich denn für den Privathaushalt, sein Kind zuhause zu behalten, dafür womöglich ein Gehalt weniger zu haben, keine Gebühren zu zahlen und die 150 € vom Staat zu erhalten? Nun, ich denke nicht, dass es sich für den Großteil rechnerisch lohnen wird, einen Arbeitsplatz aufzugeben. Die Entscheidung für einen KiTa-Platz wäre auch dort weiterhin die wahrscheinlichere Wahl. Es lohnt sich also nur für diejenigen, die es sich eh leisten können, von nur einem Gehalt zu leben. Und wer es sich nicht leisten kann, dem helfen die 150 € auch nichts. Gefühlt wird ein Krippenplatz sogar um diese 150 € teurer, da man den Krippenplatz bezahlt und zusätzlich das Betreuungsgeld nicht bekommt. Das Betreuungsgeld fördert so also auch noch die falschen. Und bei den Empfängern des ALG II (Hartz IV) wird das Betreuungsgeld auf die Bezüge angerechnet. Die „Herdprämie“ ist also für diejenigen, die es sich eh leisten können, ein Anreiz ihr Kind nicht in die Krippe zu geben. Eine falsche Entscheidung, wie ich finde.

Wer sein Kind schon im Alter von einem Jahr oder früher in eine Krippe gibt, handelt keinesfalls herzlos. Eine Krippe ist keine „Kinderverwahranstalt“ in der man sein Kind morgens abgibt und es dann abends einfach wieder abholt. Eine Krippe ist heute eine moderne Bildungs- und Fördereinrichtung, die Aufgaben leisten kann, die zuhause, bei aller Liebe, nicht geleistet werden können. Gerade das Sozialverhalten mit den anderen Kindern ist sehr förderlich für die Entwicklung der Kinder. Die Kinder fordern sich gegenseitig, die Entwicklungsfortschritte sind enorm.
Und in einer Krippe kann ein Kind an einem Tag so viel lernen und erleben, wie es zuhause kaum möglich ist, da man als Elternteil nicht so viele Stunden am Stück allein für das Kind da sein kann, schließlich will auch einmal der Haushalt und ähnliches erledigt werden. Ein Kind kann natürlich auch mal für sich spielen, aber ist es doch spannender (und fördernder), wenn es mit anderen Kindern und somit vielen verschiedenen Ansprech- und Anspielpartnern spielen (und auch lernen) kann. Natürlich ist ein Kind müde, wenn es den ganzen Tag gespielt und viel erlebt hat. Aber Kinder wollen spielen, lernen und erleben.

Die Erzieherinnen und Erzieher in einem Kindergarten wissen auch einzuschätzen, wie sich das Kind entwickelt. Sie sehen auch frühzeitig, wenn sich ein Kind anders oder langsamer entwickelt, als es eigentlich sollte. Und durch ihren täglichen Blick auf das Kind sind sie in ihrer Einschätzung damit vermutlich genauer als ein Kinderarzt, der das Kind im Idealfall nur zu den vorgeschriebenen Untersuchungen sieht. Natürlich sehen auch die Eltern die Entwicklung ihres Kindes, doch ob es sich normal entwickelt oder ob es bestimmte Bereiche gibt, die man fördern müsste, kann man als Eltern oftmals nicht beurteilen.

Wir müssen uns fragen, was für eine Gesellschaft wir in 20 Jahren haben wollen. Ein Familienbild, in dem die Kinder frühzeitig gefördert werden oder eines von anno dunnemals, als die Frau für die KKK – Kinder, Küche, Kirche da zu sein hatte. Ich denke, die Wahl ist klar.

Und zum Schluss noch zur Behauptung, dass ein Kind in den ersten Lebensjahren seine Mutter am meisten braucht: Ja, natürlich ist ein Kind in diesen ersten Jahren sehr auf seine Eltern angewiesen. Aber eine Störung in der Beziehung zwischen Eltern und Kind ist nicht zu befürchten. Meine Erfahrungen mit meinem Neffen und dessen Eltern zeigen, dass zwischen ihnen eine wunderbare Beziehung besteht, auch wenn er in die Krippe geht. Und er freut sich jeden Tag auf die Krippe.

Arne Christiansen

Die Rechte des Parlaments schützen

Das Bundesverfassungsgericht urteilt über die europäischen Maßnahmen zur Bewältigung der Finanzkrise, der Bundespräsident rügt die Bundeskanzlerin für ihre fehlende Aufklärung des Parlaments und ein neues Meldegesetz passiert erst innerhalb von 57 Sekunden den Bundestag, um anschließend von scheinbar allen – inklusive der Bundesregierung – missbilligt zu werden.

Wie man sich zu Rettungsschirmen und staatlicher Datenweitergabe auch immer positionieren mag (und so viel der Stellungnahme sei an dieser Stelle gestattet: jedenfalls Letzteres darf es meiner Meinung nach niemals geben, solange Sozialdemokraten irgendwas dagegen tun können), all‘ jene Geschehnisse stehen für den Prozess, Macht von der Legislative auf die Exekutive zu verlagern, Entscheidungen als alternativlos darzustellen und sich von scheinbaren Notwendigkeiten treiben zu lassen. Die Sommerpause als Moment der politischen Ruhe, sollten wir auch nutzen, um zu hinterfragen, was Politik und Parlamente noch zu leisten imstande sind, wenn sie sich zeitlich und inhaltlich immer engeren Zwängen ausgesetzt sehen. Unsere repräsentative Demokratie basiert auf dem Austausch von Argumenten, auf dem Diskurs im Parlament auf dem Meinungsstreit. Entscheidungen nur um der Entscheidung willen, sind immer häufiger ein Merkmal von Akteuren aus der freien Wirtschaft – sie sollten es nicht auch für Akteure der Politik werden. Politik wird auf diese Weise degradiert zu Verwaltung, verliert ihren Anspruch auf Entscheidungshoheit und macht sich schlimmstenfalls gar zum Spielball der Interessenverbände.

Dabei sieht unser Grundgesetz mit einem starken Bundestag und starken Abgeordneten genau Gegenteiliges vor. Umso schlimmer, dass zum Teil gerade diese Abgeordneten sind, die den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts kritisieren, wenn er in einem Interview darauf hinweist, dass sein Gericht der Aufgabe Entscheidungen in komplexen Fragen zu treffen erst nachkommen wird, wenn es hinreichend Zeit zur Prüfung der Frage gehabt hat. Statt Kritik, würde ich mir wünschen diesen Anspruch noch öfter auch von Abgeordneten des Deutschen Bundestages – und dabei insbesondere auch von denjenigen, aus den Regierungsfraktionen – zu hören.

Es stimmt das Politik nicht losgelöst von gesellschaftlichen Realitäten gemacht werden kann, aber es stimmt auch, dass gute Politik nur gemacht werden kann, wenn jenen Realitäten vor den Entscheidungen auf den Grund gegangen wird.

Frédéric Schneider

Unseren Geburtstagskindern alles Gute!

Aus Gründen des Datenschutzes, werden die Geburtstagskinder online nicht namentlich aufgeführt.

Wir danken für Ihr Verständnis.

Termine

IM JULI IST SOMMERPAUSE – WIR WÜNSCHEN EUCH ANGENEHME FERIEN SOWIE EINEN SCHÖNEN SOMMER!

Kreisvorstand der SPD-Eimsbüttel
Mittwoch, 8. August 2012, 19.30h
Kreishaus Eimsbüttel (Helene-Lange-Str. 1)

Dr. Andreas Dressel zu Gast in Eidelstedt/Stellingen
Freitag, 10. August 2012
Näheres in Kürze per Mail

Besuch der Fazle-Omar-Moschee (Wieckstraße 24)
Mittwoch, 29. August 2012, 18h
Verbindliche Anmeldungen an fredericschneider@web.de
oder unter 0163/2605599

Distriktsvorstand der SPD Stellingen
Dienstag, 11.September 2012, 19.30h
Bürgerhaus Stellingen (Spannskamp 43)

Kreisdelegiertenversammlung Eimsbüttel
Voraussichtlich Anfang September
Näheres könnt ihr der Kreis-Homepage entnehmen

Kreisvorstand der SPD-Eimsbüttel
Mittwoch, 19. September 2012, 19.30h
Kreishaus Eimsbüttel (Helene-Lange-Str. 1)